

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

103 (5.5.1931)

Wirtschaftsfreund

50 JAHRE

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeter...
Die 10 getragene Millimeter...
Die 10 getragene Millimeter...

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark...
2,00 Mark...
2,00 Mark...
2,00 Mark...

Nummer 103

Karlsruhe, Dienstag, den 5. Mai 1931

51. Jahrgang

Warnung vor gefährlichem Wege

Wirkliche Steuer- und Finanzpolitik statt Sozialabbau

Die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden hat sich aufs neue in bedrohlicher Weise verschärft. Die vor kurzem veröffentlichten Ergebnisse der Reichssteuern im Rechnungsjahr 1930 haben mit voller Deutlichkeit gezeigt, daß unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise die Steuererträge weit schwächer zurückgehen, als die Regierung bisher angenommen hatte und daß infolgedessen die Ertragsrückstellungen für das Rechnungsjahr 1931 viel zu hoch sind. Auf der anderen Seite hat die Saisonbelegung am Arbeitsmarkt viel sänger und schwächer eingeleitet als im vorigen Jahr. Damit sind alle Berechnungen aufs schwerste erschüttert, die sich auf den Bedarf an Arbeitslosenunterstützung beziehen. Man übertrifft nicht, wenn man annimmt, daß aus diesem und anderen Gründen im Reichshaushalt ein Fehlbetrag von weit über einer halben Milliarde Mark, bei Ländern und Gemeinden weitere Fehlbeträge von mehreren hundert Millionen Mark entstanden sind. Ein neues, gewaltiges Defizit von weit mehr als einer Milliarde Mark ist also aufgetaucht und damit erhebt sich die bange Frage, ob und wie es möglich sein wird, dieses Defizit zu decken.

Aber, so ernst die Finanzlage auch ist, so wenig besteht ein Anlaß, an der Möglichkeit zur Überwindung der neuen Schwierigkeiten zu zweifeln. Die bürgerlichen Parteien verfolgen seit Monaten, ja seit Jahren, die Taktik, die Entwicklung unserer finanziellen Verhältnisse so darzustellen, als wenn wir unmittelbar vor der Finanzkatastrophe ständen und kein anderer Ausweg mehr übrig bliebe, als der Abbau der sozialen Lasten. So liegen die Dinge in Wirklichkeit nicht. Es gibt in der Tat noch genügend finanzielle Möglichkeiten, um auch die neuen Fehlbeträge auszugleichen, ohne den verhängnisvollen Weg des sozialen Abbaus zu beschreiten.

Ueber eines muß man sich dabei allerdings von vornherein im Klaren sein: Mit dem Verzicht auf jegliche Steuererhöhung und mit der Forderung, das Defizit ausschließlich durch Ausgabenkürzungen zu decken, mit diesem Verzicht der bürgerlichen Finanzpolitik muß auf jeden Fall gebrochen werden, wenn eine finanzpolitisch ausreichende und sozial erträgliche Lösung gefunden werden soll.

Die Parole: Keine Steuererhöhungen, die 1928 von der Deutschen Volkspartei ausgesprochen worden ist, diese Parole hat seitdem immer wieder eine rechtzeitige Sanierung der Reichsfinanzen verhindert und hat schließlich dahin geführt, daß die Verschuldung ansehnlich und die Massensteuern erhöht worden sind. Andererseits zeigt der Reichsfinanzminister im Lande herum und räumt die Tat der Regierung, die Reichsausgaben im Jahre 1931 um 1400 Millionen gegen 1930 senken zu haben. Aber diese Ausgabenkürzung darf man nicht überschätzen. Steht doch diese große Senkung zum Teil nur auf dem Papier, weil umfangreiche Ausgaben vom Reich auf die Arbeitslosenversicherung und auf die Gemeinden abgeschrieben worden sind. Bei genauerem Zusehen schrumpft infolgedessen die tatsächliche Ausgabenersparnis auf weniger als 200 Millionen zusammen. Davon entfällt ein großer Teil auf die Sozialausgaben, während die Wehrausgaben so gut wie gar nicht ermäßigt worden sind. Hier bleibt für die Regierung Brünning ein schweres Veräumnis nachzubohlen. Man sollte meinen, daß eine Regierung, die so große wirtschaftliche Probleme meistern will, sich auch zu trauen müßte, die politischen Widerstände zu überwinden, die allein einer Kürzung der Wehrausgaben in der Zeit der Krise im Wege stehen. Aber auch, wenn eine namhafte Senkung der Wehrausgaben endlich zustande kommt, wäre es einfach unmöglich, den neuen gewaltigen Fehlbetrag allein durch Ausgabenersparnisse zu decken, es sei denn, daß man neben einer neuen Kürzung der Beamtengehälter zu einem Generalanriff auf die sozialen Leistungen schreiten will. Dagegen wird sich die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Sie kann darauf verweisen, daß es noch genügend andere sachliche Möglichkeiten gibt, die nicht die einschneidende soziale und politische Gefahr heraufbeschwören, die ein sozialer Abbau zur Folge haben müßte. Die Sozialdemokratie steht seit langem auf dem Standpunkt, daß wenn es keine andere Wahl gibt, als die Einschränkung der sozialen Ausgaben oder die Erhöhung der Steuern, das letztere als das kleinere Übel zu wählen ist, selbst wenn es sich dabei um Steuern handelt, die auch die breite Masse trifft. Die Massen haben für diesen Standpunkt noch immer Verständnis gehabt und sie haben deshalb seit Monaten schwere Opfer für die Erhaltung der sozialen Leistungen gebracht. Man denke nur an die Bürgersteuer, die in vielen Gemeinden eingeführt und sogar erhöht werden mußte, um die Wehrabschlüsse der Wehrabschlüssen sicher zu stellen.

Aber es gibt noch eine andere Wahl. Es gibt noch Möglichkeiten, zu Steuererhöhungen, die keine Wehrbelastung der Masse bedeuten und den Besthenden nicht wehe tun. Wir treten nur einleuchtend heraus:

- Reorganisation des Branntweinmonopols, durch sofortige Einstellung der Vorratserzeugung und Räumung der überfüllten Lager.
 - Reform der Tabaksteuer, durch Aufhebung des Verpackungszwanges und Wiederherstellung der Zahlungsströme.
 - Erhöhung der Benzinsteuer (wie sie schon aus dem englischen Schatzkanzler Snowden vorgeschlagen worden ist).
 - Verzicht auf Steuervereinfachungen der Motorverordnung.
 - Annahme der sozialdemokratischen Anträge über das Notopfer der höheren Einkommen und
 - Verstärkung der Aufschlagssteuer, die vor wenigen Wochen vom Reichsrat zu Fall gebracht worden sind.
- Überdem gibt es noch immer den Weg der Kreditbeschaffung. Wir sollten nicht unter allen Umständen starr an den grundrühigen Bedenken festhalten, die vom Standpunkt gesunder Finanz-

politik gegen die Schuldentilgung zur Deckung laufender Ausgaben sprechen. Solche gesunde Finanzpolitik wird unabweisbar und unwirtschaftlich, wenn die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen ein derartiges Ausmaß angenommen haben wie jetzt, und wenn man noch dazu in all den guten Jahren vorher eine so ungesunde Finanzpolitik getrieben hat, wie es die bürgerlichen Regierungen von 1924-1928 getan haben.

Die Beschaffung von Krediten hat heute erhöhte Bedeutung. An sich wäre auch das neue Milliardendefizit bei einem Gesamthaushalt von Reich, Ländern und Gemeinden von mehr als 20 Milliarden eine ungefährliche Erscheinung. Erst wird die Situation erst dadurch, daß die Kassenlage des Reichs und der Gemeinden nicht hinreichend gesichert ist. Reich und Gemeinden haben hohe schwebende Schulden und angefüllt der gegenwärtigen Lage am Geld- und Kapitalmarkt stößt sowohl die Verlängerung als auch die Umwandlung in langfristige Anleihen auf Schwierigkeiten. England und vor allem Amerika werden diese Schwierigkeiten nicht zu bestehen haben, dort hat man ja auch ausgiebig von der Aufnahme neuer Schulden Gebrauch gemacht, um die Fehlbeträge zu decken. Für Deutschland kommt noch etwas anderes hinzu.

Im Oktober vorigen Jahres hat der Reichstag auf Verlangen ausländischer Kreditgeber ein Schuldentilgungsgesetz erlassen, das das Reich von 1931 bis 1933 verpflichtet, jährlich 420 Millionen schwebende Schulden zu tilgen. Verfügt es gegen Treu und Glauben, wenn wir unsern Gläubigern jetzt sagen: Wir können diese Verpflichtung für dieses Jahr nicht einhalten, weil die Entwicklung unserer Finanzen unter dem Druck der Wirtschaftskrise ungenügend verläuft, als wir ermartet hatten?

Wenn man diese drei Wege: Sparnis, Steuererhöhung und Kreditmaßnahmen hinaus, so ließe sich der größte Teil der finanziellen Not überwinden, ohne die Sozialausgaben anzugreifen. Erfolgt man aber diese Maßnahmen nicht, so geschieht es weniger aus sachlichen als aus politischen Gründen. Wenn die Dinge so liegen, wie sie hier geschildert worden sind, dann ist das eine klar: Will man trotzdem den Sozialabbau, dann wählt man dieses Mittel nicht als die einzig sachliche mögliche Rettungsmöglichkeit, sondern man benutzt man bewußt die jetzigen Finanzschwierigkeiten, die Notlage und Schwäche der Massen, um den Sozialabbau zu erzwingen. Ein solches Vorgehen müßte unübersehbare Folgen haben. Die Politik des letzten halben Jahres hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie für sachliche Notwendigkeiten immer Verständnis gehabt hat. Politische Klugheit aber, die sachlich nicht notwendig sind und nur aus dem Haß und der Abneigung gegen die breiten Massen entspringen, werden bei ihr auf schärfsten Widerstand stoßen.

Das Spiel mit dem Arbeitsdienst

Will Treviranus neue Unruhe stiften

NRW, Berlin, 5. Mai. (Ein. Meldung.) Zu der Ankündigung des Reichsministers Treviranus, daß Besprechungen mit den Wehrverbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst in der bevorstehenden Woche in einer Erhebungsprechung der Reichsminister vereinbart worden ist. Die Besprechungen sollen

heute vormittag stattfinden. Zu den eingeladenen Organisationen gehört n. a. die Deutsche Turnerschaft.

Herr Treviranus kann offenbar keine Ruhe halten, entweder redet er unbesonnen dahin, oder er tiffelt an Projekten herum, die Unruhe stiften. Die obenstehende Meldung zeigt, daß Herr Treviranus eine besondere Frontbildung mit den Wehrverbänden und der reaktionären Deutschen Turnerschaft versucht. Man wird gut daran tun, auf diese Pläne acht zu geben.

Internationaler Handelskammerkongress

Vor dem Ende der Weltdepression?

Washington, 4. Mai. Durch den Präsidenten der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammer, Silas Strawn, wurde heute der sechste Kongress der Internationalen Handelskammer eröffnet, der von über 30 Ländern mit rund 1000 Delegierten, darunter 40 deutsche Vertreter, besetzt ist.

In seiner Begrüßungsansprache erklärte Hoover, daß selbst die Vereinigten Staaten durch die Weltkrise in eine schwere Depression gebracht worden seien, an der der Weltkrieg mit seinen Zerstörungen und den darauffolgenden Steuerlasten, den sozialen und politischen Unruhen die Schuld trage. Zum Wiederaufbau sei Vertrauen nötig, das nur durch Begrenzung und Herabsetzung der Ausgaben erreicht werden könne. Die Welt gebe 5 Milliarden Dollars jährlich für Rüstungen aus. Amerika sei an dieser Konferenz wegen ihrer indirekten Auswirkungen auf Frieden, Vertrauen und die Wiederkehr wirtschaftlich gesunder Verhältnisse erheblich interessiert.

Der frühere belgische Ministerpräsident Theunis gab einen eingehenden Bericht über die Weltwirtschaftslage. Nach seiner Auffassung ist der größte Teil der Weltdepressionsperiode vorüber, und die Welt trete in eine Periode ruhiger Geschäfte als einer Vorstufe zur Erholung ein. Der Mangel an wirtschaftlichem Verständnis zwischen den Nationen sei eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Welt müsse sich klar werden, daß sie wirtschaftlich eine Einheit sei. Zu der amerikanischen These hoher Löhne erklärte Theunis, die Überproduktion stelle eine Vergeudung von Kapital und Material dar. Der italienische Delegierte Birelli wandte sich, von den Ergebnissen seiner Analyse des amerikanischen Erdbaus ausgehend, gegen Schutzzölle und Kriegsschuldensatzungen.

Der Franzose Parmentier befürwortete regionale Regelungen für ganz Europa, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit fußen.

England gegen die Verschiebung der Abrüstungskonferenz

Von amtlicher britischer Stelle wird gegenüber den in der letzten Zeit auftretenden Gerüchten über die Möglichkeit einer Verschiebung der Abrüstungskonferenz betont, daß die britische Regierung gegen jede Verschiebung dieser Konferenz sei.

Hetze gegen Hindenburg

Frechheiten eines wortbrüchigen Putschisten gegen den Reichspräsidenten

Ueber die letzte Führertagung der Nazis in München berichtet die sozialdemokratische Münchener Post weitere Einzelheiten, darunter einen Abschnitt aus der Rede Hitlers, in der er den Rücktritt Hindenburgs vom Amt des Reichspräsidenten und seine Erhebung durch eine „tatsächlich nationale Persönlichkeit“ forderte. Dieser Passus der Hitlerrede hatte folgenden Wortlaut:

„Wir haben gewungenermaßen schon öfters darauf hinweisen müssen, daß Herr v. Hindenburg nicht den in ihm gesetzten Erwartungen entsprochen hat, und es ist endlich an der Zeit, einen Mann an die Spitze des Staates zu stellen, auf dessen nationale Gesinnung unbedingt Verlaß ist, einen Mann, der jedes Faktieren mit den schwarz-rot-goldenen Weibern von vornherein ablehnt. Gott sei Dank sind wir die einzigen, die über einen solchen Hagen verfügen. Wenn es vielleicht auch noch verfrüht erscheint, schon jetzt mit dem Namen unseres Kandidaten an die Öffentlichkeit zu treten, so möchte ich doch nicht verkennen, hier in vertraulichem Kreise darauf hinzuweisen, daß für uns als künftiger Reichspräsident nur eine Excellence General v. Eymann in Betracht kommt, der nicht nur in ganz Norddeutschland, sondern auch in Süddeutschland allen Frontfeinden in bester Erinnerung stehen wird.“

In der gleichen Rede äußert sich Hitler in scharf abfallenden Worten über Anbiederungsversuche Hugenberg als das Zentrum in Preußen. In der Sonderberufung der Reichstagsfraktion wurde vereinbart, sich von Fall zu Fall über die Teilnahme an Ausschüßungen des Reichstags schlüssig zu werden. Die Rückkehr in den Reichstag dürfte aber nicht in Uebereinstimmung, sondern nur mit der nötigen Energie und Stoßkraft erfolgen.

Die Taktik, die dieser freche tschechische Geselle, der als notorischer Putschist und Hochverräter schon längst aus Deutschland hinausgeworfen gehörte, gegen den Reichspräsidenten v. Hindenburg anwendet, ist die, durch fortwährende persönliche Anrempelungen den alten Herrn so zu kränken, daß ihm sein Amt endgültig verleidet wird. Dieser politische Kampf in seinen Handlungsweisen Hitlers, die aus den verschiedensten nationalistischen Lagern heraus unterstützt wird, besonders von zahlreichen ehemaligen kaiserlichen Offizieren, die es mit ihrer sogenannten und famolen Offizierschre sehr wohl vereinen, vom heutigen Staat diese Pensionen zu beziehen, ihn aber gleichzeitig zu unterwürfen versuchen, muß mit gebotener Energie entgegengetreten werden. Herr von Hindenburg hat sich den besonderen Haß aller putschklüfternen und politisch frivolen Gesellen deshalb zugezogen, weil er, eingebend seines auf die Verfassung abgelegten Treuschwures in vollkommen verfassungstreuer und ehrlicher Auffassung sein Amt ausübt. Ein Mann, der sein Wort hält, muß natürlich in den Augen eines Hitler, dem der Wortbruch im politischen Getriebe zur täglichen Gewohnheit geworden ist, eine zu bekämpfende und wenn es nicht anders geht, auch zu verleumdende Persönlichkeit sein. Und ausgerechnet der über 80 Jahre alte General v. Eymann soll Nachfolger werden, der Eymann, der bisher politisch nur das eine gezeigt und bewiesen hat, daß er Unfähig wie der jüngste Kadett zu schwächen vermag, der jedoch ein geiziges Werkzeug in den Händen politischer Hahndreure war. Gegen das freventliche Spiel der Hitler und Genossen muß daher scharf angeknüpft werden.

Wilhelm von Doorn bei den Hakenkreuzlern

Auch der geflohene Heldenkaiser in Doorn ist jetzt unter die Hakenkreuzler gegangen. Sein Sohn Humi, der seit einigen Monaten als Stimmfänger für Hitler im Lande herumreist, erzählte davon in einer Münchener Zirkusversammlung folgendes:

„Als ich neulich oben in Königsberg mit dem modernen Regierungsgegenstand, dem Radiergummi, bearbeitet worden war, hat mein Vater, der unsere Bewegung bisher nur vom Hörensagen kannte, an mich geschrieben:

„Du kannst stolz sein, daß Du zum Väterchen dieser großen Volkswegung werden darfst.“ (Stürmischer Beifall.) Ich glaube, nach diesem Urteil werden die ewig Westlichen es sich vielleicht auch überlegen, ob sie dieser Bewegung mehr als eine verächtliche ansehen wollen und die zu feig und zu vornehm sind, um bei uns einzutreten.“

Mit diesem Geständnis hat der Hohenzollernsprößling seiner „Arbeiterpartei“ einen wertvollen Bärendienst erwiesen, denn als Lohndogel für eine Arbeiterpartei ist der Flüchtling in Doorn sicherlich die am besten geeignete Persönlichkeit.

Katholiken fordern Wiedergutmachung

Im preussischen Landtag ist folgender Antrag der Zentrumsfraction eingegangen:

„In Preußen sind die Katholiken in der Vergangenheit bei der Belegung von Beamtenstellen systematisch zurückgedrängt worden. Diese ganz konsequent zum Teil seit Jahrhunderten durchgeführte Sparraktion läßt sich naturgemäß nicht in wenigen Jahren aus der Welt schaffen. Es gehört aber zweifellos zu den sittlichen Pflichten des Staates, auch von sich aus nach Kräften darnach mitzuwirken, daß die Katholiken allmählich zu dem Recht kommen, das man ihnen früher verweigert hat. Deshalb beantragen wir: Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, eine allgemeine Anweisung an sämtliche Zentral- und Provinzialinstanzen dahingehend zu erlassen, daß bei Neueinstellung von Beamten die Bewerber katholischen Bekenntnisses so lange bevorzugt werden, bis die zu Ungunsten der Katholiken bestehende Sparraktion wenigstens einigermaßen als beseitigt angesehen werden kann.“

Merkwürdige Verhaftung eines völkischen Schriftstellers

Im Zusammenhang mit dem Selektionsprozess Hitlers gegen den früheren völkischen Reichstagsabgeordneten Major v. Graefe-Galbeke ist der Kronzeuge des Beklagten, der frühere völkische Schriftsteller Werner Abel, unter dem Verdacht des Meineids verhaftet worden. Abel hat im Februar 1930 beschworen, daß 1928 sowohl dem Rohbart wie dem Hitlerkreis von Stalienen erhebliche Geldmittel zugewendet worden sind.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ berichtet zu der Verhaftung Werner Abels, daß Abel schon vor 2 1/2 Monaten „wegen Fluchtverdachts“ in Untersuchungshaft genommen wurde.

Diese Verhaftung wegen Fluchtverdachts ist deshalb merkwürdig, als Abel mit Zustimmung des Untersuchungsrichters zur Wahrnehmung von Zeugenvernehmung und Beschaffung von Beweismaterial in seinem Meldeverfahren mehrere Reisen, und zwar auch ins Ausland unternommen hat. Zuletzt ist er wieder mit Zustimmung des Untersuchungsrichters zur Vernehmung des italienischen Attaches Miglioratti nach Amerika gefahren. Sofort nach seiner Rückkehr stellte er sich dem Untersuchungsrichter wieder zur Verfügung und wurde dann plötzlich wegen Fluchtverdachts verhaftet. Ein solches Verfahren steht in der deutschen Justiz sicher ohne Beispiel da. Ein Angeklagter, der mit Genehmigung des Untersuchungsrichters nach Amerika reist und sofort nach seiner Rückkehr für weitere Verfahren bei Gericht sich meldet und bereit hält, ist nach den bisherigen Begriffen der Rechtspflege doch unendlich fluchtverdächtig. Nachdem Abel nach seiner Amerikareise an der Richtigkeit seiner eideschwurigen Aussagen, die Hitler und seiner Partei außerordentlich un bequem sind, mit Entschiedenheit festhält, und umfangreiche Beweise für die Wahrheit seiner Darstellung angeboten hat, kann man bei der Durchführung des Verfahrens interessante Einblicke in die völkische Bewegung vor dem Hitlerputsch, aber auch der Gegenwart erwarten.

Richterverein und Staatsgerichtshof Eine notwendige Anfrage zu einem merkwürdigen Vorkommnis

Im Preussischen Landtag ist folgende kleine Anfrage des Abg. Kuttner (Soz.) eingegangen:

„Eine höchst seltsame Druckschrift wird kürzlich im Gebiet des Preussischen Preußen bei Behörden, Gerichten, Parlamentariern usw. verbreitet. Das 21 Druckschriften umfassende Heft trägt den Titel: „Denkschrift des Vorstandes des Richtervereins beim Reichsgericht zu der geplanten Umgestaltung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Leipzig, im März 1931“. Hiernach müßte man annehmen, daß es sich um eine vom Vorstand des Richtervereins beim Reichsgericht herausgegebene Schrift handelte. Dies kann jedoch nicht der Fall sein, denn die genannte Druckschrift enthält weder Namen noch Wohnort des Druckers; es fehlt ferner in ihr die Angabe des Verlegers. Mitbin stellt diese Druckschrift einen eklatanten, strafbaren Verstoß gegen § 6 des Reichspressgesetzes dar. Selbstverständlich kann nicht angenommen werden, daß Mitglieder des höchsten deutschen Gerichts etwa aus Mangel an Rechtskenntnis eine strafbare Handlung begangen haben, die gegenüber jedem rechtsunkundigen Laien empfindlich geschadet wird. Noch weniger zufällig erscheint die Annahme, daß Mitglieder des höchsten Gerichts gar aus Vorsatz gegen das Pressgesetz verstoßen hätten. Mitbin bleibt nur die Möglichkeit, daß hier von unbekanntem, gänzlich rechtsunkundigen Persönlichkeiten mißbraucht worden sind, um unter der Autorität des höchsten deutschen Gerichtshofes eine Denkschrift sehr ansehnlichen Inhalts zu veröffentlichen. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit, diesen Mißbrauch der Amtsbezeichnung von Mitgliedern des Reichsgerichts aufzuklären und gegen die Urheber dieses Mißbrauchs, namentlich auch wegen Verstoßes gegen das Reichspressgesetz in geeigneter Weise einzuschreiten?“

Konferenz der Kleinen Entente

Brag, 4. Mai. Auf der Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente erläuterte Dr. Bensch seinen Standpunkt nach politischer und wirtschaftlicher Seite hin und legte auch die eventuellen Pläne Brains dar. Nach einem Meinungsaustausch, an dem sich die Minister Angelblom, Rönneblom, Marinikowitsch und Cibia beteiligten, wurde das volle Einverständnis aller drei Staaten der Kleinen Entente hinsichtlich des weiteren Vorgehens konstatiert, vor allem, was die Frage der Präferenzrechte anbelangt.

Berliner Brotpreis erhöht

Wie lange soll dieses Spiel noch dauern?

Berlin, 4. Mai. Der Zweverband der Berliner Bäckermeister hat den Brotpreis abermals um 2 Pfg. erhöht. Insgesamt ist in Berlin seit der Brotpreisfestsetzung im November 1930 eine Brotpreissteigerung um 4 Pfg. auf 50 Pfg. für ein zweieinhalbpfündiges Brot vorgenommen worden.

Mit dieser Erhöhung verwirklichen sich unsere Besorgungen, die wir im Laufe der Getreide- und Mehlpreissteigerungen immer wieder ausgesprochen haben.

Die Berliner Bäcker verjagen, die Brotpreissteigerung um 4 Pfg. mit der Mehlpreissteigerung zu begründen. Wie liegen die Dinge hier? Der Mehlpreis ist vom November 1930, als die Brotpreisverbilligung in Kraft trat, von 25,5 M per 100 Kilogramm auf 28,25 M im Mai 1931 gestiegen. Ein Mehlpreis von 25,5 entspricht einem Brotpreis von 36 Pfg. per Kilo, und einem Brotpreis (für das zweieinhalbpfündige Brot in Berlin) von 45 Pfg. Ein Mehlpreis von 28,50 M bedingt einen Brotpreis von 37,75 Pfg. per Kilo und einen Brotpreis für das zweieinhalbpfündige Brot in Berlin von 47,25 Pfg. Die Berliner Bäckermeister erhöhen den Brotpreis aber auf 50 Pfg. Damit wird die Bruttoverdienstspanne per Kilo von etwa 14,5 bis 15 Pfg. auf 17,5 Pfg. erhöht. Die Bäcker gehen also mit ihrer Preissteigerung über die Mehlpreissteigerung hinaus. Ihr Bestreben geht dahin, wieder die Verdienstspanne vor dem November 1930, also die Verdienstspanne der Hochkonjunkturzeit zu erhalten. Andererseits drängen die Bäcker in Berlin auf eine Lohnkürzung. Man kann also feststellen, daß die in Berlin erfolgte Brotpreissteigerung unbegründet und unnötig ist.

Selbstverständlich kann man die in den letzten Wochen erfolgte Verteuerung des Brotes nicht allein durch eine Senkung der Bäckerverdienstspanne rüd-

gängig machen. Die Regierung kann nicht bestreiten, daß der Mehlpreis zu hoch ist, und daß er gesenkt werden muß. Die Regierung muß sich endlich zu einer Senkung des Mehlpriees entschließen, wenn sie das Gesetz nicht brechen will. Eine Senkung des Mehlpriees hat aber nur Erfolg, wenn man den Preis für das Getreide herabsetzt, also mehr Weizen und Roggen auf den Markt bringt, so daß die Preise nachgeben müssen. Die Regierung hat jedoch bis jetzt mit völlig untauglichen Mitteln versucht, die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie hat den Weizenzoll nicht gesenkt und das muß hier ganz klar gesagt werden. Sie denkt vorläufig auch nicht daran, obwohl andauernd in bürgerlichen Blättern die Meldung wiedergegeben wird, daß der Weizenzoll von 25 auf 16 M für ein Kontingent von 500 000 Tonnen herabgesetzt worden ist. Infolgedessen sind an der Börse die Weizenpreise auch nicht heruntergegangen, auch nicht als der unwirtschaftliche Plan einer indirekten Kontingentierung mit Zollrückerstattungen auftauftete. Hinsichtlich der Roggenpreise hat das Kabinett lediglich mit den Bäckern verhandelt, was aber nur zur Folge hatte, daß die Bäcker der Regierung jetzt auf der Nase herumtanzen und den Brotpreis erhöhen, um sich nachher wieder etwas von der Brotpreissteigerung abhandeln lassen zu können, womit sie wohl auf ihre Kosten kommen.

Tatsächlich ist bisher nichts gegen die Brotpreissteigerung erfolgt. Es ist inzwischen viel von der Abgabe der 150 000 Tonnen Regierungssoggen geredet worden; aber bis jetzt wurde noch kein Zentner aus diesem Lager an die Mühlen verkauft. Die Regierung hat auch hier ihre Pflicht erfüllt; denn das Gesetz schreibt ihr vor, daß sie einer Erhöhung des Brotpriees vorbeugen hat. Wie lange soll dieses Spiel noch weitergehen. Allgemach bekommt es auch der geduldige Lohnempfänger laß, daß ständig von Preissteigerung gesprochen wird, dabei jedoch die Preise vieler Dinge erhöht und die Löhne dauernd gesenkt werden.

Hitlerianer

Wieder ein „sittlicher Erneuerer“ M. d. R. Hinkel, Verlagsdirektor des „Angriff“

Die beiden letzten Revolten im Hitlerlaaer haben einen neuen Mann, Herrn Hans Hinkel, nach oben gehüpft; seine Erfolge verdankt Hinkel allerdings weniger seinen — selbst im nationalsozialistischen Sinne — völlig negativen Leistungen, als vielmehr der Tatsache, daß man höheren Dries seiner Zuverlässigkeit und Linientreue nicht sicher war und darum vorsorglich ihn zu binden:

Bis vor einem Jahr war Hinkel (der nicht so sehr Volkstifter ist, als der sehr ehrgeizige Mann einer sehr reichen Frau) Teilhaber des Otto Straherschen Kampfbüros und als solcher gewiß, die Aktion der Sezessionslisten mitzumachen, falls ihm von Otto Straher die nötigen „Sicherheiten“ geboten würden. In dieses Dilemma tritt Hinkel mit geschickter Hand ein: er offerierte Herrn Hinkel ein Reichstagsmandat, dafür verließ Hinkel seine bisherigen Freunde und schlug sich zu Hitler und Goebbels.

Im September 1930 von Herr Hinkel in den neuen Reichstag ein. Und im April dieses Jahres, als wiederum berechtigte Zweifel an der Haltung des von seinen Freunden gebemmen Ehrgeizlings vorhanden waren, als die Gefahr bestand, daß sich Hinkel — unterstützt durch das Geld seiner Frau! — auf die Seite von Stennes schlagen und die Vereinigung der Straherleute mit den Stennesen organisieren könne, da ernannte ihn Hitler, — in klarer Erkenntnis seiner zwar nicht parteipolitischen, aber immerhin geschäftspolitischen Qualitäten — kurzerhand zum Verlagsdirektor des „Angriff“.

Herr Hinkel war avanciert, seine Bindungen zu Hitler waren gefestigt, sein Ehrgeiz in die legale Bahn gebrannt. — Und heute ist er einer der prominenten Redner der NSDAP, wenn es gilt, Hitlers Geburtstag in würdiger Form zu feiern oder für „sittliche Erneuerung“ zu sorgen.

Doch das alles wäre nicht verwunderlich und nicht genügend interessant; von elementarem Wert für die Beurteilung von Wesen und Art der Hitlerpartei wird Herr Hinkels Lebensgeschichte und Erfolge erst dann, wenn wir die besondere Praxis der Hinkelschen „Wohlfahrtspflege“ an folgenden Dingen — die symptomatisch sind für den nationalen „Sozialismus“ — scharf betrachten: — uns vergegenwärtigen:

Herr Hinkel hat — wogegen an sich durchaus nichts einzuwenden wäre — ein uneheliches Kind Hans B. (weiter), das am 3. Februar 1919 in Rheinbörsheim geboren und in Oppau (Rheinpfalz) aufgezogen wurde. Die Mutter des Kindes, die früher Hausangestellte war und sich inzwischen verheiratet hat, lebt in Frankfurt in den dürftigsten Verhältnissen, die Mlegemutter — eine arme Witwe namens C. (Clomann) — zusammen mit dem Kind in Oppau.

In echt nationalsozialistischer Art („Vertennmal!“) hatte Hinkel es ursprünglich abgesehen, für sein Kind zu sorgen; er hat durch das Amtsgericht Alt-Deiling (Oberbaden) verurteilt werden müssen (am 5. Januar 1926, also 7 Jahre nach der Geburt des Kindes!) allmonatlich den bestehenden Betrag von 30 RM zu zahlen. Doch Herr Hinkel verstand es nach wie vor in meisterhafter Weise, sich um die Verantwortung zu drücken; er bezahlte nichts und mußte am 15. Januar 1926 zwangsversteigert werden. Diese Zwangsversteigerungen wurden in der Folgezeit laufend durchgeführt; bis 1929 war Herr Hinkel stets im Rückstand.

Die Mahnungen der Behörden, die sich des Kindes annehmen mußten, die flehentlichen Bitten der Mutter und Pflegemutter seines Kindes ließen ihn, der inzwischen reicher Willensbesitzer in Leben geworden war, kalt und stumm. Erst als die Mutter in ihrer Verzweiflung mit gerichtlichem Vorgehen drohen mußte, bequeme er sich wieder zur Zahlung der für ihn völlig unbedeutenden Summe.

Der Erfolg war enttäuschend: das Kind des Herrn Hinkel verflummerte mehr und mehr, kam wegen Unterernährung in Erholungsanstalt.

Auf die mannigfachen Bitten der Mutter reagierte Herr Hinkel nicht im geringsten, — er wollte mit seinem Kinde nichts zu tun haben. Einmal — es war vor Jahresfrist — lag es, als ob Herr Hinkel eine letzte Stunde haben sollte; er schrieb an das Bürgermeisterei in Oppau, er sei „bereit, für das (!) Kind Hans Weiter jährlich für die Beschaffung eines Anzuges und eines Paares Schuhe Sorge zu tragen, „Er“ werde zur Aufbringung des Genannten dem Bürgermeisterei Oppau mit der Matrike den Betrag von RM. 20 und mit der Juniräte den Restbetrag von RM. 25 überweisen. Eine

reichere Leistung dieser Beträge ist mir aufgrund meiner Einkommensverhältnisse nicht möglich.“

Dieser Brief jedoch, der uns im Original vorliegt, erregte keinen Empfinden nicht; kaum war er unterschrieben, da besuchte Herr Hinkel den letzten kimmerlichen Rest von Menschlichkeit und Verantwortungsbeusstsein, der sich in ihm fühlbar zu machen vermag: er hat den Brief wieder nie abgelesen! Im übrigen blieb es das Geheimnis des Herrn Hinkel, wie die arme Mutter seines Kindes mit 45 Reichsmark einen Jahresanlass und ein paar Schuhe im besten Falle hätte kaufen können.

So trat ein Führer der Hitlerpartei für sein Kind, „Meine“ Verhältnisse gestalten es mir nicht!“ laut Herr Hinkel. Seine Verhältnisse? Der reiche Willensbesitzer in Berlin-Lebnitz und Mann einer reichen Frau besteht die Plänen eines Reichstagsabgeordneten, das Direktorengehalt im Verlag des „Angriff“ und die üblichen Seelen eines Hitlerianer Kollaboranten!!!

Aus der Ehrenangliste der Hitlerpartei

Führer des SA-Sturm V in Bonn a. Rh. ist Herr Fritz Brandenburg in Bonn, Poststraße 32. Er wurde am 24. September 1929 vom Amtsgericht Bonn wegen Unterdrückung zu einem Monat Gefängnis verurteilt und mußte sein Stadterverordnetenmandat in Bonn niederlegen. Zum SA-Führer der Hitlerpartei jedoch beist er nach wie vor die erforderlichen Qualitäten.

Reichstagsabgeordneter der NSDAP für den Wahlkreis Heffen-Raffau und Führer der SS für den SA-Bezirk West (mit dem Sitz in Düsseldorf) ist Herr Fritz Hinkel. Ihm wurde die besondere Aufgabe übertragen, die SS in Rheinland-Westfalen zu organisieren. Von seiner Lebensgeschichte interessiert uns folgendes:

Weisel wurde am 19. August 1927 vom Schöffengericht Frankfurt am Main wegen Beihilfe zur Abreise mit einem Monat Gefängnis bestraft. Wegen verschiedener Vergehen gegen das Schulmassengesetz erhielt er vier Strafen, wegen Widerstandes (Schöffengericht Frankfurt a. Main am 3. Oktober 1929 eine Geldstrafe von RM. 75.— bzw. 15 Tage Gefängnis.

Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Merieburg ist Herr Hans Woltersdorfer, Zeis, Altenburgerstraße 55. Er ist gleichzeitig SA-Führer in Zeis und einer der aktivsten Versammlungsredner der NSDAP.

Aus seinem Vorleben ist folgendes für uns wichtig: Volksschulrath erhielt an Strafen:

am 14. 5. 26 vom Amtsgericht Nürnberg wegen Hausfriedensbruch und großen Unfug einen Tag Haft und eine Geldstrafe;

am 20. 3. 28 vom Stadtrat Nürnberg wegen Vergehens gegen das Hundebesetzungsgebot eine erhebliche Geldstrafe;

am 26. 7. 28 vom Finanzamt Nürnberg III wegen Hausfriedensverletzung eine Geldstrafe von 240.— RM.

Gegen den bisherigen SA-Führer im Gau Rheinland, Hans Langendorf, Köln a. Rh., Komödienstraße 65, ist ein Verfahren vor dem Untersuchungsamt des Hitlerpartei eröffnet worden. Es wird dem Langendorf u. a. zur Last gelegt:

unrechtl. Verwendung der für die SA. bestimmten Gelder, Geldsammlung ohne Sammellisten, d. h. ohne jede Kontrollmöglichkeit,

Unfähigkeit und Feigheit im Dienst, Veruntreuung der für die SA. gestifteten Lebensmittel und Bekleidungsstücke,

auswärtiges Privatsleben, Zusammenarbeit mit der fremden Besatzungsbehörde, Benutzung von dienstlichen Autos zu Ehrfahrten, u. a. m.

Wichtiger für uns ist folgendes: Langendorf erhielt an Strafen: 6. 9. 28 vom Schöffengericht Köln a. Rh. einen Monat Gefängnis wegen Betruges;

3. 6. 24 vom Schöffengericht Köln a. Rh. eine Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung;

26. 8. 24 vom Schöffengericht Köln a. Rh. einen Monat Gefängnis wegen Hehlerei.

Dr. Selmut Klots, Berlin NW. 87.

Gewerkschaftliches

60. Geburtstag

Albert Falkenberg, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, hat am Sonntag sein 60. Lebensjahr vollendet. Der Name Falkenberg stellt ein Stück Geschichte der deutschen Beamtenbewegung dar. Er hat Falkenberg seine besten Kräfte gewidmet und geopfert. Er kam von der mittleren Postlaufbahn. Sein Arbeitsgebiet innerhalb der Reichspost ermöglichte ihm, zum Vorträger neuer politischer Ideen zu werden. Die neutrale Beamtenbewegung der Nachkriegszeit und die gewerkschaftliche Beamtenbewegung der Nachkriegszeit fanden in Falkenberg ihren Vorträger und Führer in den vordersten Reihen.

Nach der Staatsumwälzung schied Falkenberg vorübergehend aus der praktischen Gewerkschaftsbewegung aus, um sein reiches Wissen im Dienst der Republik zu verwerten. Er wirkte längere Zeit im Reichsinnenministerium. Freiwillig fand er 1921 den Weg zum Ausgangspunkt seines gewerkschaftlichen Wirkens zurück und wieder stellte er sich als unermüdbar Propagandist in den Dienst des Beamtenbundes, wobei ihm seine glänzende rednerische und schriftstellerische Begabung außerordentlich zufließen konnte. Die Reichswahlen 1928 brachten ihm ein Mandat für den Reichstag, das er mit Eifer und Umsicht zur Förderung der Sache der deutschen Beamenschaft ausübte. Seine internationale Arbeit wurde im Herbst 1930 mit der Berufung auf das Amt des Präsidenten der Beamteninternationalen beauftragt.

Dem unermüdbaren Kämpfer, dem allseitig hilfsbereiten Menschen, dem Bahnbrecher und Pionier einer freien deutschen Beamtenbewegung unteren herrlichen Glückwunsch!

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Wirtschaftsbereich Südwestdeutschland

Sonntag, 26. April, fand in Karlsruhe im Volkshaus die ordentliche Delegiertenversammlung statt. Die Versammlung war von 33 Delegierten besucht. Vom Hauptvorstand war Kollege Schlichting anwesend. Der Vorsitzende Kollege Dohat gab eine eingehende Zusammenfassung der Tätigkeit des Verbandes aus. Es wurden auch die Jubilare vom Jahre 1930, 21 an der Zahl, noch einmal beehrt. Der Geschäfts- und Jahresabschlussbericht lag den Delegierten schriftlich vor. Von der Tätigkeit des Verbandes wurde der geschäftliche Vorbericht vom Jahre 1930 den Delegierten ausgiebig erläutert. Es ging aus diesen Ausführungen klar hervor, daß das Jahr 1930 ein Krisenjahr ersten Ranges war. Bis zum Ende des Berichtsjahres konnten die tariflichen Ertragsleistungen erhalten werden. Es war nur in einzelnen Fällen möglich, Verbesserungen in Tariffragen durchzusetzen. Die Tarifleistungen waren mit Einzelstreikfällen vor den Arbeitsgerichten sehr oft bestritten. Es wurde im besonderen darauf verwiesen, wie notwendig die Berufsbildung für die Maschinisten und Heizer wäre. Durch die immer mehr um sich greifende Rationalisierung sowie Elektrifizierung sind die Aufgaben der Heizer, von der Arbeitserleichterung für die Maschinisten und Heizer immer weniger geworden. Bei Besetzung von dienstlichen Berufsstellungen wird heute nur Arbeitserleichterung sehr selten und gewährt. Diese Zustände müssen unsere jüngeren Kollegen davon überzeugen, daß der Berufsstand mehr Wert beizulegen verdient.

Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit, sowie auch Kurzarbeit die Ausgaben an Unterhaltungen wesentlich ansteigen. Immerhin konnten noch nennenswerte Beiträge an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Anwartschaften und Altersunterstützungen sind, die der Verband schon über drei Jahre einrichtet, macht sich für die betreffenden Kollegen sehr betrieblig bemerkbar.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wurden die Neuwahlen beschlossen. Es wurden im wesentlichen die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Die Besetzung der Stellen für die Delegierten wurde dem Hauptvorstand gemäß. Das gleiche gilt für die Reichs- und die Bezirkskommissionen. Die diesjährige Delegiertenversammlung wurde am 14. Juni ds. Js. in der Verbandshausverwaltung, die am 14. Juni ds. Js. in der Besetzung der Stellen für die Delegierten wurden dem Hauptvorstand gemäß: Kollege Christian Bannmann, Heilbronn a. N., sowie Kollege Bius Wenker, Karlsruhe, als Ersatzleute Kollege Wilhelm Dohat, Karlsruhe, und Kollege Schlichting, Stuttgart. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, aber sachlich, es beteiligten sich an derselben die Kollegen Schäfer, Heilbronn a. N., Burkhart, Karlsruhe, Engelmann-Pforzheim, Seiler-Schweinfurt, Steinberg-Stuttgart, Zahn-Heilbronn, Konradmann-Ludwig, Schredl und Dohat-Karlsruhe, Peter-Göppingen, Red-Heilbronn, Lambacher-Heilbronn, Schilling-Emmendingen und Söll-Kreisburg. Kollege Schlichting vom Vorstand sprach gab in klaren Darstellungen einen Überblick über unsere derzeitigen

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn

Die Neuwahl der Betriebsräte in der Privatindustrie kann im allgemeinen als abgeschlossen gelten. Die Arbeiter der Reichsbahn wählen ihre Betriebsvertretungen am 9. und 10. Mai in einem Wahlgange. Neben dem Hauptbetriebsrat in Berlin und den Bezirksbetriebsräten bei den Reichsbahndirektionen sind ca. 6 000 örtliche Betriebsvertretungen zu wählen. An der Wahl sind etwa 350 000 Arbeiter beteiligt. Zum Hauptbetriebsrat liegen sechs Vorschlagslisten vor: drei Gewerkschaftslisten und drei Listen der Gewerkschaftsfeinde. Neben der RFD treten auf: Der Industrieverband, auch eine ehemalige RFD-Gründung, und die Nazis; letztere unter der harmlosen Firma „Berufsverband deutscher Reichsbahnen“. Auch in verschiedenen Bezirken und Betrieben liegen gewerkschaftsfeindliche Vorschlagslisten vor. Die Nazis spielen im allgemeinen bei den Arbeitern der Reichsbahn keine Rolle. Lediglich eine gewisse mittlere und obere Beamtenschaft zu ihren Gönnern. Die Zerstückelungsarbeit der fanatischen Gegner der Gewerkschaften und der Republik ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit.

Die Wirtschaftskrise, die auch an den Eisenbahnen nicht spurlos vorübergeht, hat viel zur Vermirrung der Geister beigetragen. Man verliert die Gewerkschaften für alle Nachteile der Gegenwart verantwortlich zu machen. Der Hauptstoß richtet sich gegen die führende Gewerkschaft den Einheitsverband der Eisenbahner, der bei der letzten Wahl über zwei Drittel der Stimmen erhalten hat. Die RFD-Zentrale und das Reichskomitee der RFD haben Anweisungen gegeben, den gesamten Parteiparat mit allen kommunistischen Unterorganisationen, einschließlich der Erwerbslosenvereine, in den Dienst der RFD zu stellen, um den kommunistischen Einfluß bei der Reichsbahn zu stärken. Die RFD-Zentrale hat es hauptsächlich auf den Betriebs- und Betriebsdienst und die dazu gehörigen Dienstzweige abgesehen. Die RFD-Funktionäre sind angewiesen, bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl die ganze Kraft einzusetzen, um in diese Dienststellen einzudringen. In diesem Zweck werden zahlreiche Hinweise zur Bearbeitung der Eisenbahner gegeben. In umfangreichem Referentenmaterial wird der Versuch unternommen, den Einheitsverband für Rohbau, Feuerleistungen und alle sonstigen Nachteile verantwortlich zu machen. Es ist selbstverständlich, daß der Einheitsverband auch für die Entlassung führender Kommunisten, die vor kurzem in Oberhausen erfolgte, verantwortlich gemacht wird. Dabei steht fest, daß diese Funktionäre der RFD die Opfer der grottesken Taktik der RFD sind. Sie wurden entlassen, weil sie die Weisung der RFD-Zentrale folgend zum Streik aufgefordert und vorbereitende Kampfaufrufe abgeben haben sol-

ten. Nach der kommunistischen Auffassung sind natürlich die harmlosen RFD-Funktionäre vom Einheitsverband und der SPD-Presse denunziert worden. Dabei wurden ihre Meldungen täglich in der RFD-Presse ausposaunt. Die Eisenbahnergewerkschaften werden verdächtigt, mit der Reichsbahn einen Feldzugsplan gegen die RFD geschmiedet zu haben, weil sie angeblich durch die RFD in arge Bedrängnis geraten seien. Es genügt, diese Größenwahnsinnigen Verleumdungen tiefer zu hängen. Die RFD hatte bisher nur sehr geringen Anhang unter den Eisenbahner. Bestimmte Vorgänge aus letzter Zeit beweisen, daß die RFD-Karolen nicht mehr stehen. So wurde z. B. von einer RFD-Veranstaltung der Eisenbahner beschlossen, die Mitwirkung im Gedingeverfahren abzulehnen. Der Beschluß wurde von den RFD-Leuten selbst kaum beachtet und z. B. in den kommunistischen Hochburgen Königsberg und Döbeln nicht durchgeführt. Nur in München und Opladen wurde der schändliche Versuch gemacht. In Opladen hat die Gewerkschaft, die mit Recht eine Schädigung ihrer Interessen fürchtet, den kommunistischen Betriebsrat mit erdrückender Mehrheit zum Rücktritt gezwungen. In München beantragte die Verwaltung die Absetzung der RFD-Betriebsräte, die vor Gericht eine klägliche Rolle spielten; sie wollten es nicht gewiesen sein.

Wenn auch die Not der Gegenwart manchem den Blick trübt, so ist doch zu hoffen, daß die Eisenbahner im Laufe der letzten Jahre genügend Erfahrungen gesammelt haben, um ihre falschen Freunde zu erkennen.

Die gewerkschaftlich geschulten Eisenbahner haben längst erkannt, daß nur die gewerkschaftliche Solidarität und die Zusammenfassung aller Kräfte zum Erfolg führen kann.

Die Eisenbahner wissen auch, daß sich der Einheitsverband in der Vergangenheit wie in der Gegenwart als eine maßgebliche Interessenvertretung erwiesen hat. Rund 28 000 Funktionäre des Verbandes stehen täglich und stündlich in zähem Kampfe mit der Reichsbahngesellschaft. Rund 14 000 Mitarbeiter des Einheitsverbandes sind in den Betriebsvertretungen für die Interessen der Eisenbahner tätig. Der Einheitsverband hat auch trotz der Wirtschaftskrise im Abwehrkampf große Erfolge erzielt. Die vereinigten Gegner des Einheitsverbandes haben dessen zahlreichen positiven Leistungen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die Eisenbahner sind auch nicht dumm genug, leere Versprechungen gegen positive Leistungen einzutauschen. Alle wirklich klassenbewußten Eisenbahner geben deshalb am Wahltag ihre Stimme nur dem Einheitsverband der Eisenbahner.

Verbandsverhältnisse. Aus diesen Darstellungen war zu entnehmen, daß der Verband auf einer guten Basis aufgebaut ist. Nach längeren Beratungen mehrerer Anträge, sowie sonstigen Verbandangelegenheiten konnte die lebhaft verlaufene Delegiertenversammlung geschlossen werden.

Volkswirtschaft

Die Handelskammer Karlsruhe teilt mit, daß sie in letzter Zeit in steigendem Maße an berechtigter Ausverkauf und Verfall der Waren gegen die bestehenden gesetzlichen und behördlichen Ausverkaufsvorschriften feststellen mußte. Sie wird gegen beratige Fälle nach wie vor auf das schärfste vorgehen und die Kammerfunktionäre der zuständigen Behörden auf einen solchen Mißbrauch der Ausverkaufsvorschriften lenken.

In der Ausschreibungsliste der S.G. Nordindustrie A.G. Frankfurt am Main, wurde der Zuschlag für das Jahr 1930 verweigert. Danach soll der auf den 3. Juni d. J. nach Frankfurt a. M. einzuberufende Generalversammlung eine Dividende von 12 Prozent (wie in den drei Vorjahren) vorgeschlagen werden.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird für das Jahr 1930 trotz eines verminderten Gewinns eine Dividende von 7 Prozent bezahlen. Der Einzelantritt legt seine Dividende von 15 auf 5 Prozent herab. Die Dividendenrücklage ist weiterhin im schlechten Geschäftsgang oder in Preisermäßigung zu suchen, vielmehr hat der Truß im Ausland ungünstige Unternehmen erworben (u. a. die französische Salino), auf die er jetzt größere Summen abgeben muß.

Der Reichsbankendruck für ultimo April zeigt eine Zunahme der Gold- und Devisenbestände um 46,1 Millionen auf 2325,7 Millionen. Der Zufluß ausländischer Gelder scheint sich also in etwas härterem Tempo

fortgesetzt zu haben. Die Goldbestände erhöhten sich um 20,9 auf 2368,4 Millionen und die bedungsfähigen Devisenbestände um 25,3 auf 137,3 Millionen. Die Deutung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 54,6 Prozent gegen 63,7 Prozent in der Vormode, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen auf 58,2 Prozent gegen 67,3 Prozent.

Konturschiffen. Im April wurden 972 neue Kontur- und 655 Bergschiffverfahren gegenüber 1240 bzw. 662 im März bekanntgegeben.

Der Abschluß der Volkswirtschaft für das Jahr 1930

zeugt von einer außerordentlich günstigen Entwicklung des Unternehmens, das im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung den Jahr zu Jahr größere Bedeutung erlangt hat. Aus dem vorläufigen Abschluß gehen die folgenden Angaben hervor: Der Bilanzbestand beträgt 2,2 Millionen gegenüber 1,92 Millionen im Vorjahr. Die Versicherungssumme hat sich von 783,1 Millionen auf 880,8 Millionen erhöht. Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen werden mit 50 Millionen angegeben gegenüber 45,9 Millionen im Jahre 1929. Der Vermögensbestand hat die Hundertmillionengrenze überschritten und Ende des Geschäftsjahres 132 Millionen erreicht. Im Vorjahr wurde er mit 87,9 Millionen angegeben. Davon sind 80 Millionen Hypotheken (im Vorjahr 49,3 Millionen), 40 Millionen Kommunalanleihen, die zum größten Teil dem Wohnungsbau zugute kommen (Vorjahr 29,7 Millionen) und 12 Millionen Grundbesitz und Bankguthaben (im Vorjahr 9,9 Millionen). Die Versicherungsleistungen haben seit Ende 1924 rund 12 Millionen aus. Die Prämienreserve hat sich auf 90 Millionen erhöht. Die den Versicherten zugesicherten Gewinnanteile betragen 30 Millionen.

Karlsruher Schlachtwirtschaft. Zufuhr: 23 Ochsen, 44-48, 42 bis 44, 41-42, 39-41, 37-39, 36-37, 48 Kühe 41-42, 38-39, 37-38, 34-37, 38 Rinde b 17-27, 15-17, 139 Färsen 45-51, 37-43, 140 Rinder 67-70, 64-67, 60-64, 48-58, 1262 Schweine 39-41, 41-43, 43 bis 47, 45-48, 42-47, Säuen g. 31-35. Belle Qualität über Rotz bezahl. Tendenz: Bei Großvieh langsam, Ueberhand, bei Schweinen und Rindern mittelmaßig, geräumt.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!
Die eigenen Betriebe der Genossenschaften

und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine betreten uns vom Preiszwang der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß jeder Werktätige einer Konsumgenossenschaft beitreten und insbesondere die nur hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke wählen.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgegend, e. G. m. b. H.

**KÜHLSCHRÄNKE
KÜHLANLAGEN**



ausgerüstet mit

ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS

Hermetisch geschlossen
Keine Explosions-Gefahr
Kein Gasentweichen

Praktisch unbegrenzte Lebensdauer
kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium
selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung

**BROWN, BOVERI & Cie. A.G.
MANNHEIM**

Abt. Kälte-Maschinen

Genossen, Genossinnen! Beachtet die Anzeigen im Volksfreund und tätigt darnach Eure Einkäufe

Kohlen, Koks, Briketts
Kartellfrei (zu reduzierten Preisen)
liefert zu billigsten Preisen **MENZINGER-FENDEL** Transportgesellschaft m. b. H.
Kohlen-Abteilung Karlsruhe-Rheinhafen / Telefon Nr. 5883, 4667 und 4668

August Schaijer / Karlsruhe

Gegründet 1875 / Fabrik: Roonstr. 24
Lagerplatz: Klauprechtstr. 9 / Tel. 435

Fenster-, Türen- und Möbelfabrik, Glaserei
Schaufensteranlagen, Ladeneinrichtungen

Aus dem Gerichtssaal

Selbstmordversuch im Gerichtssaal

Im Karlsruhe, 2. Mai. Vor der Strafabteilung des Amtsgerichts hatten sich der 41 Jahre alte mehrfach vorbestrafte Händler Friedrich Frey und der Tagelöhner Theodor Schneider, beide aus Weingarten wegen erschwerter Diebstahls im Rückfall zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, auf erworbene Weise einen Arbeitslosen in Weingarten um 60 Pfund Fleisch beschaffen zu haben. Als dem Angeklagten Frey das „letzte Wort“ erteilt wurde, gebärdete er sich sehr mild und rief aus, er richte sich selbst, wobei er mit dem Kopf gegen die Lehne der Angeklagtenbank und gegen den Richterstuhl stieß. Zwei Beamte mußten eingreifen, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Während das Gericht das Urteil beriet, nahm ein Gendarmenbeamter neben ihm Platz. Diesem verfluchte er den Revolver zu entziehen, wobei er schrie: „Den Revolver her, ich erschieße mich!“ Das Gericht entsprach dem Antrag des Staatsanwalts und verurteilte F. zu einem Jahre Gefängnis; der Mitangeklagte Sch. kam mit vier Monaten davon.

Seine künftige Frau

Im Karlsruhe, 22. Mai. Ein hiesiger Mechaniker in den 60er Jahren gedachte seine Hausgehilfin, die 33jährige geschiedene Frieda W. zu heiraten. Über es wurde nichts aus seinem schönen Traum: Er stellte eines schönen Tages fest, daß ihm eine Bettdecke, sechs Kaffeesen und Bettbesüge, drei Leinentücher, ein Anzug, ein Paar Schuhe und zwei Hemden entwendet waren. Im Januar bestellte seine Frau, indem sie sich als die Frau des Mechanikers ausgab, bei einem Reisenden für 34 Mark Wäsche, die auch geliefert wurde. Sie leistete jedoch Mark Anzahlung. Nach Erhalt der Wäsche wurde sie verhaftet. Der Bräutigam tat den Schwörmurder wegen Urkundenfälschung, Diebstahls und Betrugs im Rückfall zu verantworten hatte. Der Verlauf der Verhandlung entrollte ein für die Angeklagte günstigeres Bild, als die Anklage erwarten ließ. Die Angeklagte gibt an, das Bettzeug sei nicht entwendet worden, sondern sie habe es verbrannt, weil es — von Wänsen wimmelte. Der als Zeuge anwesende Bräutigam, muß abgeben, daß es bei ihm zu Hause Wänsen gebe. Er läßt aber nichts davon an ihn ginnen sie auch nicht. Die Wäsche hat die Angeklagte aus Not verlest. Das Gericht entsprach der Bitte der Angeklagten um eine milde Strafe und erkannte lediglich wegen Unterschlagung auf vier Wochen Gefängnis.

Angetrunken am Steuer

Verurteilung im Fall Haas.

Im Karlsruhe, 2. Mai. Wie wir berichteten, wurde am 22. April der 34jährige ledige Kaufmann Georg Albert Haas aus Karlsruhe, der am 3. Januar in angetrunkenem Zustand in der Parkstraße seinen ebenfalls angetrunkenen Freund, den 38 Jahre alten Kaufmann Bruno Herberich König, totgeschossen hat, vom Schöffengericht Karlsruhe wegen fahrlässiger Tötung zu 300 Mark Geldstrafe an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Wie wir hören, hat die Staatsanwaltschaft sowohl als auch die Verteidigung gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, so daß der Fall vor der Großen Strafkammer erneut zur Verhandlung kommen wird.

Grüne, blaue und goldige Jungs

Im Karlsruhe, 2. Mai. Der Bahnbeamte a. D. Paul Ruffmann von hier sah in der Nacht vom Faschingsdienstag zum Mittwochmorgen in einer Wirtschaft in der Kaiserallee, in der der semiohnte Faschingsrummel mit Tans, Bällen und Papierflangen gepflegt wurde. Zwei junge Leute, die am gleichen Tische saßen, befanden sich in besonders anregter Stimmung; es wurde ihnen in der Wirtschaft zu heiß und sie gingen hinaus auf die Straße, wo sie sich gegenseitig mit Schneebällen bewarfen. Einer der Wälle traf eine Gaslaterne, die darauf in Trümmer ging. Wer das Auge des Gesetzes wagt! Zwei Polizeibeamte wurden Zeugen des Vorfalls und eilten den Schneeballkämpfern, die sich in den Faschingsrummel zurückzogen, nach. Die Polizeibeamten

singen ihnen nach und winkten sich die jungen Leute heran, um ein Verhör in Sachen Folgen des Faschingsübermuts anzustellen. Das brachte den früheren Bahnbeamten, der sich ebenfalls in fahrlässiger Stimmung befand, in die Rolle, obwohl ihm die Sache von Haut und Haaren nichts anging. Er glaubte, die Beamten befehlen zu sollen, daß der eine der Täter die Wirtschaft überhaupt nicht verlassen habe. Die Beamten erklärten ihm, es stehe ihm frei, sich als Zeuge zu melden. Beim Verlassen der Wirtschaft ging es sehr laut zu, so daß sich die Aufmerksamkeit der Polizei besonders des zubelebenden Lärm verübenden früheren Bahnbeamten annehm. Der Vorfall hatte eine ziemlich reichliche Menge angezogen. Es wurde ihm die vorläufige Festnahme erklärt und er mußte mit zur Wache. Dort geriet er in große Erregung, er schrie, außer sich, er habe schon früher den Faschings getragen, die Polizeibeamten schämten Meide, von „grünen Jungs“ lalle er sich nicht verhalten, und mit ihnen sei es bald aus. Die unerfreuliche Folge dieses Verhaltens war ein Strafbefehl über 70 Mark wegen Ruhestörung und Beamteneleidigung. Auf den Einspruch R.'s wurde die Sache vor dem Einzelrichter verhandelt. R., der sich als Anhänger der NSDAP. bekennt, erklärt, er habe die Beamten nicht beleidigen wollen, als er von grünen Jungs sprach. Denn sonst müßte der schöne Schloßer „Mein Schatz ist bei der grünen Polizei“ ja auch eine Beleidigung enthalten. Tatsächlich hätten die Polizeibeamten grüne Streifen. Andere Matrosen nenne man doch auch blaue Jungs. Der Richter hält ihm schmunzelnd vor, er hätte die Beamten ja nach ihrer Uniform „blaue Jungs“ nennen dürfen. Aber „grüner Junge“ sei nun einmal eine allseits als solche bekannte Beleidigung. Lebtens hätte er auch, wenn er sich an die Streifen halten wollte, auch von „goldigen Jungs“ sprechen können. Seinem Antrag auf Freisprechung konnte das Gericht nicht entsprehen. Aber es ermäßigte unter Würdigung der Erregung, in der er sich befand, die Geldstrafe auf 50 Mark, wobinzu nun allerdings noch die Gerichtskosten kommen, so daß der Spaß kaum billiger zu stehen kommen dürfte, als vorher.

Schwurgericht Karlsruhe falsches Zeugnis in einem Unterhaltsprozeß

Im Karlsruhe, 4. Mai. Das Karlsruher Schwurgericht begann heute seine dritte Tagung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Böhringer mit der Verhandlung gegen den 25 Jahre alten ledigen Landwirt Adolf Christian W. aus Singen. Am Freitag, der sich wegen Meineids zu verantworten hatte. Der Angeklagte, Sohn achtbarer Eltern, wird beschuldigt, in einem Unterhaltsprozeß am 9. September 1930 vor dem Amtsgericht Forstheim als Zeuge unter Eid wahrheitswidrig angegeben zu haben, sich niemals mit der Kindsmutter eingelassen zu haben. Der Angeklagte ist geständig, damals die Unwahrheit gesagt zu haben. Der ärztliche Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Schmiedler, stellt in seinem Gutachten fest, daß bei dem Angeklagten eine Geisteskrankheit nicht vorliegt, daß er jedoch als intellektuell minderbegabt anzusehen ist. Seine geistige Minderwertigkeit müsse strafmildernd berücksichtigt werden.

Staatsanwalt Dr. Hebel (Forstheim) hält nach dem Erachten der Beweisaufnahme für erwiesen, daß der Angeklagte bei seiner Vernehmung als Zeuge wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt hat. Er beantragte daher Bestrafung wegen wissenschaftlichen Meineids. Sein Straftrag lautete auf ein Jahr Zuchthaus (Minderstrafe), drei Jahre Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwältin Veit, tritt dafür ein, daß die Vernehmung des Angeklagten nicht als Meineid, sondern als fahrlässiger Falschheit zu werten sei, da er sich falsche Aussagen über den Umfang dessen, worauf es bei seiner Aussage ankam, gemacht habe. Er beantragte eine Gefängnisstrafe, deren Höhe er in das Ermessen des Gerichts stellte. Das Schwurgericht verurteilte W. wegen Meineids zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Unterhaltungsstrafe; gegen den Angeklagten wurde ferner auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und auf dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlch vernommen zu werden, erkannt.

Partei-Nachrichten

Weingarten. Der Weltfeiertag wurde auch hier in würdiger Weise gefeiert. Allerdings hat ein Teil der Arbeiterschaft den Gedanken des 1. Mai noch nicht begriffen. Manche, die freiwillig oder unfreiwillig zur Arbeitstrube gesonnen sind, empfinden es noch nicht, daß der arbeitende Mensch auch eine Stunde des Feierns und des Nachdenkens braucht, um die geistigen und leiblichen Kräfte für den Lebenskampf zu sammeln. Umso erfreulicher war es, daß doch eine Anzahl Genossen mit den Jugendlischen einen Wandspaziergang bei herrlichem Frühlingsschönwetter machten, wobei Wieder und Ansprachen begeisterte Aufnahme bei Jung und alt fanden. Abends sammelte sich ein stattlicher Zug, an der Spitze die frohgeminte Arbeiterjugend mit Fahnen und Transparenten; unter den Klängen der Musikkapelle marschierte der Zug zur Rärherhalle, wo sich das Programm in musterhafter Weise abwickelte. Allen Mitwirkenden, besonders der Kapelle des Musikvereins, den Sangsreunden des Vormärts, der Turnerschaft und der nimmermüden Soz. Arbeiterjugend sei schönster Dank gesagt. Ebenso auch dem Genossen Maxum Karlsruhe für seine eindrucksvolle Festrede. Wir dürfen auf einen guten und würdigen Verlauf unserer Maifeier mit Befriedigung zurückblicken.

Söck. Die Maifeier war den derzeitigen Verhältnissen entsprechend gut belacht. Mit der Feier war auch zugleich das 25-jährige Parteijubiläum verbunden. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorstand wurde die Feier mit einem Marsch und dem durch den Arbeitergesangsverein Vassalla vorzutragenden Freiheitschor, „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ eröffnet. Genosse Bisjatz-Karlsruhe sprach über die Bedeutung des 1. Mai und die Forderungen der sozialistischen Internationale. Er überbrachte gleichzeitig die Grüße des Landesvorstandes Mannheim und des Parteivorstandes Karlsruhe zu unserem 25-jährigen Jubiläum und begrüßte die drei Jubilare Bertold Ernst, Friedrich Söh und Karl Zeiber. Der Vorstand überreichte den drei Jubilaren die vom Landesvorstand überbrachten goldenen Ehrennadeln. Gen. Max sprach in kurzen Worten über die Parteigeschichte seit der Gründung der Ortsgruppe und forderte die Anwesenden auf, auch in Zukunft treu zur Sache zu stehen, damit nach weiteren 25 Jahren auch das goldene Jubiläum gefeiert werden kann. Der Arbeitergesangsverein Vassalla trug am Schluß den Freiheitschor „Ich warte dein“ vor und die Musikkapelle spielte noch einige Stücke zur weiteren Unterhaltung. Alles in allem verlief die Feier sehr schön und es wäre nur zu wünschen, daß in den kommenden Jahren die Maifeiern zahlreicher besucht werden. U. W.

Söllingen. Wir können über eine selten schöne Maifeier dieses Jahr berichten. Punkt 8 Uhr bewegte sich ein stattlicher Zug von Genossen und Genossinnen, die Kinderkinder voran, nach dem planmäßig bestimmten Ziel, dem Tomashof. Bei verschiedenen Spielen, an denen die Kleinsten und Jüngsten sich beteiligten, flogen die Stunden nur so dahin. Der Abend brachte den Glanzpunkt der Feier. Wir können aus den Darbietungen der Mitwirkenden nie-

Mörsch. Am 1. Mai beging die Mörscher Arbeiterschaft unter Führung der SPD. im Volkshaus ihre Maifeier. Der Besuch war außerordentlich; zeigte sich doch so richtig, daß so gerne man die im Orte gut arbeitenden SPD. ausführen möchte, das Bemühen nergelich ist, denn 300 Freizeitmänner konnte die Feier zählen. Das von der Arbeitervereine aufgestellte Programm kann als gut bezeichnet werden. Schöne tonreine Darbietungen von Seiten der Musikvereinigung unter der sicheren Stabführung des Herrn Leonhard dürfen besonders erwähnt werden. Die Festrede des Gen. Kotschweiler zeichnete die heutige Linie der Wirtschaft und die Forderungen der Arbeiterschaft am 1. Mai. Reicher Beifall lobte den Referenten. — Nach einigen Vorbildungen konnte die ruhig und in allen Teilen gut gelungene Feier mit noch einigen Worten des Dankes vom Vorlesenden geschlossen werden.

Letzte Nachrichten

Nazisturmführer wegen Landesverrat verhaftet

Berlin, 5. Mai. (Hundst.) Aus Schneidemühl wird amtlich gemeldet, daß der dortige Führer der Sturmabteilung der NSDAP, Braas, von einem Beamten der Kriminalpolizei wegen Landesverrat in nationalen Dingen nicht genug tun konnte, hat in Polen Pläne von militärischer Bedeutung verkauft und sich auch sonst zu Gunsten der „polnischen Feinde“ wie die Nationalsozialisten die Polen so gerne nennen, für Geld betätigt.

Immer noch feierlich und Bergarbeiterentlassungen

Wien, 4. Mai. Infolge der weiter verschlechterten Abzinsung für Kohlen, die von 50 auf 40 Prozent gesunken ist, entläßt die Verwaltung der Seche „Weißhofen“ zum 1. Juni erneut 255 Mann. Es handelt sich um 190 Untertage- und 65 Oberbergarbeiter. Es sollen ferner in Zukunft nur noch 26 Feiertagsarbeiten verfahren werden, wobei noch immer mit der Einlegung von drei Feiertagsarbeiten gerechnet werden kann.

Massenentlassungen im Bremer Tabakgewerbe

Bremen, 5. Mai. Unter Berufung auf die neue Tabakverordnung des Reichsfinanzministers haben die Großbetriebe des bremischen Tabakgewerbes 2000 Arbeiter und Angestellte entlassen. Weitere Entlassungen sollen bevorstehen.

Arbeiterinternationale und Zollunion

Ueber die am 3. und 4. Mai 1931 stattgefundenen Beratungen des Erweiterten Büros der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich wird folgendes Communiqué ausgegeben:

Das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat die Zustimmung über eine Zollunion entstanden ist, begrüßt. Es hat festgehalten, daß die sozialistischen Parteien der beteiligten Länder darin einig sind, im Interesse des Volkswohls ihre Bemühungen um eine Lösung des Konflikts fortzusetzen, die mit den Interessen der Arbeiterschaft und der Würde der Länder vereinbar ist. Die Internationale wird dahin wirken, aus dem Konflikt selbst eine neue Ordnung der europäischen Wirtschaftsprobleme hervorzugehen zu lassen, die zur Herabsetzung der Zolltarife und zur Beilegung der Hemmnisse des internationalen Warenaustausches zu führen vermag. Zu diesem Zweck werden die Parteien in ständiger Fühlung bleiben und das Büro wird binnen kurzem neuerdings zusammenzutreten, um die Beratung fortzusetzen.

Spaniens Innenminister zurückgetreten

Madrid, 5. Mai. (Hundst.) Der spanische Innenminister Maura hat am Montag seinen Rücktritt erklärt. Er begründet diesen Schritt damit, daß er sich mit der nachrichtigen Politik des Präsidenten der republikanischen Regierung Zamora gegenüber der totalitären Unabhängigkeitsbewegung keineswegs einverstanden erklären könne.

Straßenkämpfe in Honduras

Neuzorf, 5. Mai. (Hundst.) Die Kämpfe in Honduras zwischen Aufständischen und regierungstreuen Elementen, die bisher bereits 200 Menschen das Leben gekostet haben, blühen am Montag von neuem auf.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 2. Mai: Reinhold Schlegel, 67 Jahre alt, Vermaltungsdirektor a. D., Ehemann, Oskar Raab, 64 Jahre alt, Kaufmann, Ehemann, Emma Schnadenberg, geb. Walder, 52 Jahre alt, Witwe von Kurt Schnadenberg, Inszen. Feuerbestattung am 5. Mai, 10.30 Uhr. Luise Gremmelmaier, geb. Bölle, 87 Jahre alt, Witwe von Jakob Gremmelmaier, Seiner. Beerdigung (Waldburg), Christof Knäbel, 52 Jahre alt, Amtsgerichtsdirektor, Feuerbestattung am 5. Mai, 12.30 Uhr. Friedrich Käß, 37 Jahre alt, Postler, Ehemann, Beerdigung am 5. Mai, 14.30 Uhr. — 3. Mai: Adolf Rindbergader, 68 Jahre alt, Bergbauingenieur, Ehemann, Beerdigung am 5. Mai, 15.30 Uhr. Josephine Kuntz, geb. Hartmann, 53 Jahre alt, Witwe von Karl Kuntz, Bau-Ing., Beerdigung am 5. Mai, 14.30 Uhr. Anna Böller, geb. Bader, 57 Jahre alt, Ehefrau von Bernhard Böller, Schreiner (Waldg.), Beerdigung am 5. Mai, 14.30 Uhr. Eberhard von Franz Korn, Landwirt (Ettlingen).

mand besonders herausgreifen. Alle, von der Musikkapelle bis zum Festredner, gaben ihr Bestes und verdienen uneingeschränktes Lob. Solch eine Harmonie kann auch nur da herrschen, wo man nicht aus Haß gegen den Bruder eine politische Ueberzeugung hat, sondern aus Liebe zu seiner Sache. Die Arbeiterjugend, die unter der nimmerermüden Leitung unseres Parteivorstandes Gen. Wagner, der übrigens am Gesamtgelingen der Feier keinen geringen Anteil hat, die ersten und gleichseitig guten Proben ihres Könnens gab, wird sich bei dieser Gelegenheit hoffentlich unter der anwesenden Jugend recht viele Freunde erworben haben. Wir können die Feder nicht besette legen ohne die Tatsache zu registrieren, daß neben einer Majorennennung am gleichen Abend auch die SPD. eine eigene Maifeier am Ort veranstaltete. Früher noch am Bestenstande der „Einheitsfront“ drängte diese Partei förmlich zu gemeinsamen Feiern mit uns. Dieses Jahr haben sie ein Flugblatt zum 1. Mai heraus unter anführen des sozialdemokratischen „Sünderrealismus“, um am Schluß mit echt sozialistischem Tone auf „berühmter Plattform“ auszurufen: „Mit einer Partei, die so die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt, kann man keinen 1. Mai begehen.“ Nun, die Turnhalle, deren Räumlichkeiten auch unsere Söllinger Kommunisten kennen, war voll und dies ist für eine Genugtuung und die beste Antwort an unsere „Freunde“ von links.

Für die neue Wohnung!

Billige Lampen

Speisezimmer-Lampe mit Seidenschirm	10.50	Herrenzimmer-Krone 3flammig, verchromt, mit Unt.-Schale	56.—
Speisezimmer-Lampe mit Ob.-Beleuchtung und Schirm	22.50	Herrenzimmer-Krone 5flammig, bräun	49.—
Wohnzimmer-Lampe m. Ob.-Beleuchtung, mess. pol., m. Schirm	36.—	Schlafzimmer-Ampel sparte Farben	12.50
Herrenzimmer-Krone mit Unt.-Schale, 3flammig	32.50	Schlafzimmer-Schalen moderne Decors	8.95
Herrenzimmer-Krone 3flammig	24.50	Nachtisch-Lampen mit Seidenschirm	5.25
Speisezimmer-Krone mess. pol., 3flammig	37.50	Nachtisch-Lampen mit Papierschirm	1.25

Zuglampe mit Seidenschirm 875

Garten-Geräte
Garten- u. Verandamöbel
in reichster Auswahl und sehr billig!

KNOPF

Zur Südstadt-Werbe-Woche

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Südstadt-Werbe-Woche, die am Samstag, den 9. Mai 1931 durch eine Veranstaltung der Bürgergesellschaft der Südstadt eingeleitet wird und sich über die ganze Woche bis Samstag, den 16. Mai, erstreckt.

Die am 9. Mai 1931 in den Tagesausgaben erscheinende Beilage wird neben den Inseraten bekannter Südstadtfirmer, illustrierte Aufsätze über die Entstehung der Südstadt, ihre heutige Gestalt, ihre Zukunft enthalten, die von allgemeinem Interesse sein dürften.

Daxlanden

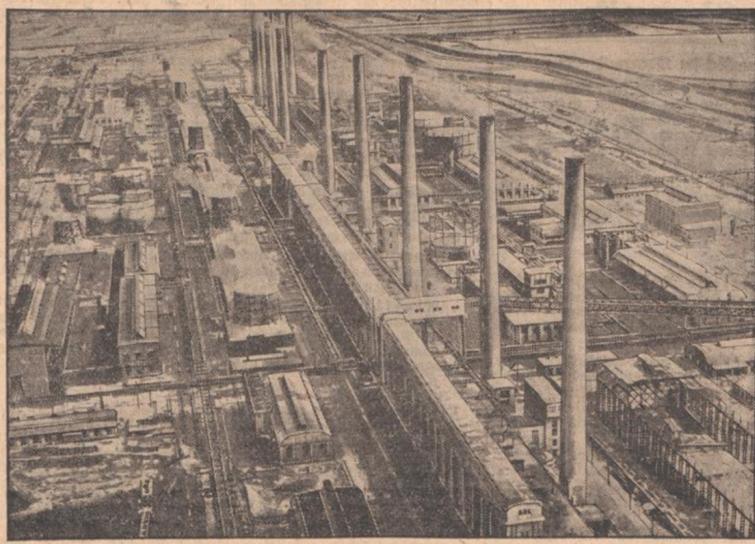
Maifeier. Am Samstagabend hielt der Bezirk Daxlanden der SPD im Volkshaus seine Maifeier ab. Die Veranstaltung, die ein ausgezeichnetes Programm aufzuweisen hatte, und von denen der bisherigen Maifeiern bedeutend abwich, hat allgemein einen guten Anfang gefunden.

Küppurr

Maifeier. Auf eine letzte schöne Feiertunde schauen die zurück, die der Einladung des V. Vereins Küppurr folgend abgelaufen sind. Am Sonntagvormittag drängen am Badspielplatz bei der Gartenstraße sich am Sonntagvormittag versammelten, Musik und Lied der roten Front, ein Chor des Arbeiterjugendbundes, Freiheit für das Volk.

Lichtspielhäuser

Paul Whitemans „Jazzkönig“ in der Schauburg und den Palastlichtspielen. Paul Whiteman, der weltbekannte Jazzmeister, hat seinen „Jazzkönig“, eine Sompsonie der Farben und Töne, ein Kunstwerk, in die Form einer Revue gegossen, das bis jetzt in jeder Beziehung sowohl hinsichtlich der Pracht als auch der Darstellung und isentischen Plastik konkurrenzlos sein dürfte.



Spionage im Leunawerk, der größten deutschen Industrieanlage

echt amerikanische Romantik getaucht, die nur zu geistlos ist. Man hat von Lichtreflexen häufig Gebrauch gemacht und fabelhafte Wirkungen erzielt. Besonders ist die Schönheit der Dekorationen, Reich und biederig sind die Töne, glänzend, wunderbar erklingend die Sorene weiß, Darsteller in ihren Songs, Kesselers, die stimmliche Nachahmung des Bass, werden sich wohl auch die Herzen im Sturm erheben.

Veranstaltungen

Streichorchester im Stadtgarten. Mit Wirkung vom kommenden Mittwoch an werden die Freitag-Nachmittagskonzerte im Stadtgarten ihren Anfang nehmen. Die Mittwoch-Nachmittagskonzerte werden ausschließlich durch das Philharmonische Orchester und zwar sämtliche als Streichorchester ausgeführt.

Zusatzabend der Tanzschule. Am Donnerstag, 7. Mai, abends 8 Uhr, wird Fräulein Elia Herrmann in diesem Jahre wieder ihren Zusatzabend im großen Konzerthaus veranstalten. Fräulein Elia Herrmann wird mit ihren 42 Schülerinnen etwas ganz Besonderes bieten. Aus dem Programm ist besonders hervorzuheben ein Teppichpuppenensemble, die Garde-Offiziere sowie das große Solofinale.

Der Prinz von Wales spielt Johann Strauß zum Tanz. Von dem Aufenthalt Johann Strauß' in London, der bekanntlich mit einem Triumph des Wiener Kaisers in der englischen Hauptstadt verbunden war, wird jetzt nachträglich in der englischen Presse folgende Anekdote erzählt: Johann Strauß hat auf einer Tournee in England wahre Triumphe gefeiert.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Ein Auto- und Rikschafahrer stieß eine 15jährige Radfabrikerin mit einem Personentransportwagen zusammen. Die Radfabrikerin kam zu Fall und erlitt einen komplizierten Unterarmbruch, der ihre Aufnahme in das Diakonissenhaus erforderlich machte.

Festgenommen

wurde ein verbeizelter Gärtner aus Mühlburg, weil er kurz zuvor ein Damenrad entwendet hatte.

Bereit sein ist alles. Die neue Hausfrau sollte stets Maag's Pfeifendrüsenpulver vorräthig halten. Hat man keine selbstgemachte Pfeifendrüsenpulver, so kommt unerwartet Besuch, immer sind Maag's Pfeifendrüsenpulver gebrauchsfähig und helfen schnell aus der Verlegenheit.

Gemeindepolitik

Nachträge zur Abschaffung der Kernmittelfreiheit in Sagsfeld

Sagsfeld. Die Bürgervereinsung hat vor ungefähr zwei Wochen gegen die Stimmen der SPD und KPD, die Kernmittelfreiheit zu Fall gebracht und zwar leitens ihrer Fraktion einstimmig. Die Faltung der Bürgervereinsung in dieser Frage treibt nun — schon nach zwei Wochen! — ganz sonderbare Blüten.

Aus der Stadt Durlach

Wiederholung der Jubiläumsvorankündigung des Volksfreunds am kommenden Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in der Festhalle Karlsruhe. Diejenigen unserer Abonnenten, die an der Veranstaltung teilnehmen möchten, wollen sich wegen Beschaffung von Eintrittskarten an unsere Trägerinnen wenden.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerauschubfraktion. Dienstag, 5. Mai, abends 7.30 Uhr, Fraktionsabend im Stadtratsgebäude.

Achtung! Parteifunktionäre der SPD. Achtung! Die Wiederholung des Volksfreund-Festabends findet am Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in der Stadt Festhalle statt.

Die auf heute Dienstagabend anberaumte Vorstandssitzung muss umständehalber auf morgen Mittwochabend 1/2 Uhr verlegt werden. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Bezirk Südstadt. Mittwoch, 6. Mai, abends 20 Uhr, im Lokal „Zur deutschen Eiche“ Bezirksversammlung mit Lichtbildervortrag des Genossen Vos „Der moderne Wohnungsbau in seiner kulturellen Bedeutung“.

Bezirk Altstadt. Mittwoch, 6. Mai, abends 20 Uhr, im Lokal „Zum König von Württemberg“ Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen W. Koch „Die politische und ökonomische Lage der Arbeiterklasse“.

Bezirk Beiertheim. Am Freitag, den 8. Mai, spricht im „Löwen“ in Beiertheim Gen. Farrer Rappes über „Kapitalismus — Nationalsozialismus — Christentum und Sozialismus“ in einer öffentlichen Versammlung. Wir bitten die Genossen, Freunde und Bekannte zu dieser Versammlung mitzubringen.

An die Bezirkskassierer. Die Bezirkskassierer werden ersucht, die Berechnung der Arbeitsbeiträge bis zum 10. Mai 1931 zu erledigen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Schuhportier. Dienstag, 5. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung im „Volkshaus“. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Dereinsanzeiger. Bis zu 4 Zeilen 80 Pfg. die Zeile. Vereingungsangelegenheiten unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden im Notfallsverhältnis berücksichtigt.

Karlsruhe. Volkshausakademie. Am Donnerstag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im großen Festhalleaal Mitwirkung beim Volksfreundjubiläum. Erscheinen aller ist Pflicht. Arbeiterjugendpartei. Die Sänger und Sängerinnen nehmen am Donnerstagabend 1/2 Uhr die gleichen Plätze ein wie bei der ersten Feier. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht. Die Karnevalskomm.

Naturfreunde Küppurr. Dienstag, 20. Mai, Versammlung im Kindergarten. Bericht von der Gaukonferenz.

